

Digital signiert durch DigiPol
Eingelangt: 19.06.2026 10:57
Aktenzahl: PGL-877224-2026-KGR/GAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat
DigiPol-Nummer: 1.43

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Felix Stadler, BSc, MA (GRÜNE), Mag. Mag. Julia Malle (GRÜNE) und Christina Wirnsberger (GRÜNE) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte (GBI)) für den Gemeinderat am 22.06.2026 - 23.06.2026.

Hitzeschutz für Wiens Kindergärten und Schulen

Sinnvoller Unterricht bei Hitzewellen ist kaum mehr möglich. In manchen Klassenzimmern und Kindergartenräumen hat es nun oftmals schon im Mai und Juni um 8:00 Uhr in der Früh gemessene 30 Grad. Das Austrian Institute of Technology zeigte erst kürzlich auf, dass sich seit der Klimaperiode 1961 bis 1990 die Hitzetage in Wien von durchschnittlich zehn auf rund 30 pro Jahr verdreifacht haben. Besonders gravierend für Bildungseinrichtungen ist, dass die Zahl der Hitzetage gerade in den Schul- und Kindergartenmonaten Mai, Juni und September deutlich zunimmt.

Unter dieser Hitze leiden nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch die Pädagog:innen. Im Rahmen der ebenso kürzlich vorgestellten Studie "Climate Ready Schools" wurden tausende Schüler:innen und Lehrkräfte befragt. Dabei gaben 88 % der Befragten an, dass sie Hitze in Schulgebäuden in den Sommermonaten als Belastung empfinden.

Diese Hitze in den Klassenzimmern und Kindergartenräumen hat aber nicht nur Einfluss auf das Wohlbefinden der Schüler:innen und Pädagog:innen. Mehr als 70 % der Schüler:innen gaben an, an Hitzetagen unter Konzentrationsschwierigkeiten zu

leiden und dem Unterricht nicht mehr ordentlich folgen zu können. Die kognitive Leistung und der Lernerfolg leiden also massiv unter überhitzten Klassenzimmern.

Die Stadtregierung muss endlich wirkungsvolle Maßnahmen gegen die Überhitzung von Schulen und Kindergärten setzen, sonst wird das Lernen in Zukunft in den heißen Monaten kaum noch möglich sein.

Dass in den vergangenen fünf Jahren – vor allem in Altbau-Schulen und Kindergärten – wenig bis nichts passiert ist, ist ein systematisches Versagen. Die Kinder sind die Leidtragenden, wenn die Politik zaudert. Viele Kindergärten und Schulen warten beispielsweise seit Jahren auf funktionierende Außenjalousien oder auf die Reparatur von kaputten Systemen. Es kann nicht sein, dass notwendige Reparaturen und Maßnahmen über Jahre hinweg verschleppt werden.

Es braucht ein Umdenken in der Stadt- und Bundespolitik: Schulen und Kindergärten müssen als Orte des Wohlbefindens gedacht werden – gerade in Zeiten der Klimakrise. Dazu braucht es aber einen Plan mit konkreten Maßnahmen und eine Bestandsaufnahme des Ist-Zustandes mit überprüfbaren Zielen.

Die unterzeichnenden Gemeinderät:innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Wiener Gemeinderat ersucht die amtsführende Stadträtin für Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte, einen Hitzeschutzplan für alle Pflichtschulen und Kindergärten der Stadt Wien zu erarbeiten, um sie in den nächsten fünf Jahren klimafit zu machen.

Dieser muss schnellstmöglich vorgelegt werden, denn das Problem besteht bereits heute und verschärft sich von Jahr zu Jahr. Der Hitzeschutzplan sollte jedenfalls folgende Maßnahmen umfassen:

- Sicherstellung eines intakten Sonnenschutzes in allen Kindergärten und Schulen, insbesondere durch funktionierende Außenjalousien sowie durch Regelungen, die ein konsequentes nächtliches Querlüften ermöglichen;
- Begrünung von Schulhöfen und Kindergärten sowie verstärkte Innen- und Fassadenbegrünung;
- Investitionen in thermische Sanierungen und klimagerechtes Bauen;
- Verankerung von Hitzeschutzmaßnahmen in allen Sanierungs- und Renovierungsplänen;
- Einsatz von Bauteilaktivierung, wo dies technisch möglich ist.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrags.

Wien, am 23.6.2023

Unterzeichner*innen:

Christina Wirnsberger (GRÜNE); Felix Stadler, BSc, MA (GRÜNE); Mag. Mag. Julia Malle (GRÜNE)